
Institutionen in Ökonomie und Soziologie

Rezension von: Michael Schmid, Andrea Maurer (Hrsg.), *Ökonomischer und soziologischer Institutionalismus. Interdisziplinäre Beiträge und Perspektiven der Institutionentheorie und -analyse*, Metropolis Verlag, Marburg 2003, 376 Seiten, € 34,80.

In der jüngsten Zeit hat der Neoinstitutionalismus eine dramatische Verbreitung erfahren. Die internationalen Verlage für Wirtschaftswissenschaften widmen den einschlägigen Studien bereits eigene Katalog-Kapitel. Man muss daher dem Metropolis Verlag dafür Anerkennung zollen, dass er einer der ersten war, der sich in besonderem Maße der Publikation neoinstitutionalistischer Studien widmete. Und dieser Tradition ist er treu geblieben, indem er weiterhin interessante Arbeiten dieser Art veröffentlicht.

Ein neues Beispiel dafür repräsentiert die Studie des Arbeitskreises „Politische Ökonomie“, welcher Nationalökonomien wie Soziologen zu gemeinsamer Erörterung des Institutionalismus vereinigte. Sie wird durch einen Beitrag der Herausgeber eingeleitet, in welchem diese darlegen, welche Determinanten, nach dem gegenwärtigen Stand der theoretischen Diskussion, das individuelle Handeln bestimmen („Institutionen und Handeln. Probleme und Perspektiven der Institutionentheorie in Soziologie und Ökonomie“).

Für die Ökonomie gehen die Autoren vom Rationalverhalten aus, das

die Neoklassik unterstellt, sowie von der daran geübten Kritik, wie sie etwa mit den Namen Simon, Coase, North sowie Tversky und Kahnemann verbunden ist. Auch die Spieltheorie ist ja schon als eine Abweichung vom neoklassischen Modell zu sehen. Dieser Kritik versuchen die Neoklassiker durch Endogenisierung und „ökonomischen Imperialismus“ zu entgehen. Ersteres ergibt sich aus dem Bestreben, neue Einflussfaktoren in das Grundmodell aufzunehmen „ohne dessen zentrales Erklärungsargument durch unkontrollierte Umbauten zu beschädigen“, eine Ambition, welcher bisher nur mäßiger Erfolg beschieden war. Der zweite Ansatz, welcher insbesondere durch die Arbeiten Beckers gekennzeichnet ist, besteht darin, sämtliche Erscheinungen des sozialen Lebens, einschließlich der Institutionen und Organisationen, dem ökonomischen Rationalkalkül zu unterwerfen.

Kommen also die Interaktionen der Menschen in der Neoklassik ausschließlich durch die individuelle, rationale Wahlhandlung zu Stande, die für alle Zeiten und Regionen gilt, postuliert das soziologische Grundmodell genau das Gegenteil, nämlich dass menschliches Verhalten regelgeleitet ist. Angesichts instabiler individueller Motive der Handelnden erfordert funktionierende soziale Interaktion institutionelle Rahmenbedingungen. Die Reaktionen der Kontrahenten müssen vorhersehbar sein. Handlungen werden nicht von individuellen Präferenzen bestimmt, sondern von gesellschaftlichen Wertvorstellungen, Glaubensgewissheiten, Moral usw. Die Individuen verhalten sich in der Regel erwartungskonform, sie spielen eine bestimmte „Rolle“. Abweichen des Verhalten wird gesellschaftlich

sanktioniert. Eine funktionierende Institutionenstruktur bewirkt ein soziales Gleichgewicht.

Die Kritik an diesem Grundmodell weist darauf hin, dass die Annahme unzulässig ist, menschliches Verhalten erfolge immer normgerecht, ebenso wie jene, dass Erwartungen komplementär gestaltet seien. Auch wurde bemängelt, dass sich diese Theorien zu wenig mit sozialen Konflikten und dem sozialen Wandel auseinander setzten.

Auch in diesem Fall werde der Kritik durch Endogenisierung Rechnung getragen. Die Kulturosoziologie beschäftigt sich mit Verhaltensunsicherheiten durch konfligierende Regeln und dem Entstehen neuer Konventionen. Die Autoren vermeinen auch einen „Soziologischen Imperialismus“ darin zu erkennen, dass die Soziologie sich als kompetent zur Erklärung aller gesellschaftlichen Probleme wähnt.

Da jedoch „Soziologen und Ökonomen ... dann miteinander ins Gespräch kommen können, wenn sie zu ahnen beginnen, dass ihre fachspezifischen Untersuchungen nur deshalb plausibel sind, weil sie zu diesem Zweck Regelvoraussetzungen in den Hintergrund schieben, deren Funktionsbedingungen die Nachbardisziplin eigens erforscht“, schiene eine fachübergreifende Kooperation sinnvoll. Ziel dieses Prozesses wäre es, eine gemeinsame Handlungstheorie zu entwickeln.

Zu dieser Gegenüberstellung der beiden Sichtweisen wäre vielleicht anzumerken, dass der Begriff „Endogenisierung“ als Abwehrstrategie in beiden Fällen nicht gleich zu gewichten ist. Im Falle der Neoklassik bezeugt ein solcher Versuch durch den rigiden Charakter des mathemati-

schen Modells großen Schwierigkeiten, welche die Soziologie auf ihrer doch vorwiegend verbalen Basis nicht zu gewärtigen hat. Eine Übernahme und ein Einbau neuer Erkenntnisse dürfte dort keine wesentlichen Probleme verursachen.

Annäherungen an die Institutionentheorie

H. Esser präsentiert eine allgemeine Handlungstheorie („Institutionen als ‚Modelle‘. Zum Problem der ‚Geltung‘ von institutionellen Regeln und zur These von der Eigenständigkeit einer ‚Logic of Appropriateness‘“) Diese geht davon aus, dass in der Soziologie zwei deutlich unterscheidbare Handlungstypen angenommen werden, nämlich normgeleitete und rationale. Erstere werden durch die Logik der „Angemessenheit“ an die institutionellen Regeln, die „Unbedingtheit“, also die Unabhängigkeit von der Rücksichtnahme auf Konsequenzen, und „Identität“, die Übereinstimmung mit dem Selbstbild des Handelnden, charakterisiert. Letztere hingegen erfolgen kalkulatorisch. Gefragt ist die Logik der Selektion.

Die Antwort gibt Esser mit dem „Modell der Frame Selektion“. Diese erfolgt einerseits durch Orientierung an „Gedanklichen Modellen“ und dem „Grad der Elaboriertheit“, mit welchem die Akteure die Situation intellektuell durchdringen, andererseits durch den „Modus Aspekt“ des Handelns, der dann relevant wird, wenn Irritationen über die Regeln auftreten, welche die Akteure veranlassen, die Folgen ihres Handelns zu bedenken und zu „rechnen“. Wesentlich erscheint, dass beide Variablen, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, dieselbe Aktion beeinflussen, dass es also gar

keine getrennten Handlungstypen gibt.

Zweifellos erklärt dieses Modell einen weiten Bereich der Verhaltensbestimmung und erweist sich als realitätsnäher als die getrennten Handlungstypen, doch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte am Markt scheint damit nicht ganz erfasst zu sein. Diese agieren dort in einem umfassenden institutionellen Rahmen, aber der Ökonom würde meinen, dass ihr modales Verhalten sicherlich nicht nur durch Irritationen über diesen hervorgerufen wird. Ihr – mehr oder minder – rationales ökonomisches Verhalten vollzieht sich innerhalb des akzeptierten institutionellen Rahmens. Hier schiene wohl eine Diskussion über den im Folgenden oft zitierten Ansatz Williamsons sinnvoll.

J. Berger versucht die Unterschiede zwischen NEI und Soziologie herauszuarbeiten („Neoinstitutionalismus und Wirtschaftssoziologie“). Er sieht hierbei den theoretischen Kern der NEI in einer Logik der Wahl von Institutionen nach Williamson. Diese wird dadurch charakterisiert, „... dass sie die Institutionen ausschließlich als das Ergebnis rationaler Wahlhandlungen betrachtet. Damit überträgt sie den mikroökonomischen Ansatz auf die Analyse der Institutionen“. Und das Ziel dieser Wahlhandlung wäre die Minimierung der Transaktionskosten. Dem stellt der Autor die Auffassung der Soziologie gegenüber, wonach Institutionen durch die Trias Norm, Sanktion und Herrschaft gekennzeichnet seien.

Diese Beurteilung stellt denn doch eine gravierende Einengung der NEI dar. Nach dem heutigen Stand der neoinstitutionalistischen Diskussion gibt es niemand, der Charakter und Entstehung von Institutionen so ver-

stünde wie der Autor. Auch Williamson nicht. Dieser positioniert seinen Ansatz nur auf einer untergeordneten Handlungsebene und mit allen Einschränkungen des Rationalverhaltens, welche für die Neoklassik inakzeptabel sind. Wieweit die Handlungen dort durch *bounded rationality* allein bestimmt werden, darüber lässt sich diskutieren, wie das Ibsen in seinem Beitrag tut. Aber gewiss kann man nicht sagen, die Transaktionskostentheorie sei der Kern der NEI.

Diese Probleme greift M. Haase in ihrem Beitrag auf („Rationales und soziales Handeln. Beiträge der ökonomischen und soziologischen Institutionentheorie“). Sie geht hierbei von der Kritik am neoklassischen Handlungsmodell aus, deren Hauptschwäche sie darin erblickt, kein brauchbares Alternativmodell entwickelt zu haben. Diese Kritik sei stärker in die mentalen Modelle von North eingegangen als in die Transaktionskostenanalyse Williamsons. Beide bauen auf der Annahme von *bounded rationality* auf, welche bei Williamson durch Opportunismus und Voraussicht ergänzt wird, bei North hingegen durch Erkenntnisse der Kognitionswissenschaft und der evolutionären Psychologie.

Bei North würden die Handlungen über die Realitätsinterpretationen der Akteure auf Grund mentaler Modelle vermittelt, welche wieder die Institutionen formen. Deren Zustandekommen, insbesondere auch der Einfluss organischer – physikalischer Faktoren, sei ein Forschungsdesiderat.

M. Held und G. Nutinger versuchen die verschiedenen institutionellen Ansätze in Richtung einer allgemeinen Institutionenökonomik zusammenzuführen („Perspektiven einer Allgemeinen Institutionenökonomik“). An Hand eines plastischen historischen

Rückblicks legen die Autoren dar, wie sich der handlungsbestimmende Charakter der Institutionen in der Diskussion allmählich von Anreizen und Beschränkungen über Internalisierung von Normvorstellungen (*mental models*) bis zur Erkenntnis wandelt, dass Institutionen Menschen prägen und umgekehrt. Hierbei können die Resultate solcher Analysen nicht als „Anomalien“ von der Rationalitätsnorm gesehen werden, sondern als originäre, konstitutive Elemente einer allgemeinen Institutionenökonomik.

M. Moldaschl und T. Diefenbach vertreten die Auffassung, dass sich die Analyse der Handlungen nicht auf bestimmende Regeln beschränken dürfe, sondern auch die Ressourcen umfassen müsse („Regeln und Ressourcen. Zum Verhältnis von Institutionen- und Ressourcentheorien“). Unter Ressourcen verstehen die Autoren so etwas wie *intangible assets* eines Betriebes, wie etwa spezifische Kenntnisse oder Routinen eines Unternehmens. K. Gilgenmann und J. Glombowsky behandeln den institutionellen Wandel auf Basis eines evolutionären Ansatzes („Institutionen als Elementareinheiten soziokultureller Evolution“).

Schwerpunkt Transaktionskosten

D. Ipsen stößt mit der Gegenüberstellung der Transaktionskostenökonomie und der soziologischen Organisationstheorie ins Zentrum der Diskussion vor („Transaktionskostenökonomie und soziologische Institutionentheorie. Unternehmensnetzwerke und Governancewahl“). Williamson begegne der Kritik an seinem Rationalansatz zur Wahl der *Governance*-Form mit dem Hinweis darauf, dass die soziale Einbettung (*embedded-*

ness) eines Betriebes der übergeordneten Ebene der Institutionenstruktur angehöre, welche sich nur sehr langsam verändere und daher die kurzfristigen Entscheidungen über die *Governance*-Wahl nicht beeinflusse. Es ist somit die Frage zu klären, ob die Einbindung des Betriebes in soziale Netzwerke die kurzfristigen Entscheidungen der Unternehmer auch bestimmt. Ipsen demonstriert in der Folge, dass dies sehr wohl der Fall ist, dass die Einbindung der Betriebe in solche Netzwerke andere Entscheidungskriterien entstehen lässt als reine Nutzenmaximierung, solche, die auf Reziprozität und gegenseitigem Vertrauen beruhen.

N. P. Thomas weist nach, dass sich der Transaktionskostenansatz Williamsons nicht dazu eignet, externen Risiken durch Wahl geeigneter Institutionen Rechnung zu tragen („Risikoentscheidung und ihre Institutionalisierung. Jenseits der Transaktionskostenökonomie“).

Am Anfang des Beitrags von H. Frambach („Vertrauen in der Neuen Institutionenökonomik“) findet sich der Satz: „Methodologisch steht die Neue Institutionenökonomik auf dem Boden der neoklassischen Ökonomik.“ Sie vermöge jedoch „... das Verhalten von Organisationen nur bruchstückhaft zu erklären...“, wie denn auch, da sie nach obiger Feststellung dem methodologischen Individualismus verhaftet sein muss. Aber davon ist dann ohnehin nicht mehr die Rede, sondern von der Rolle des Vertrauens in der NEI. Danach könne dieser Begriff im *Principal-Agent*-Ansatz nur bedingt angewandt werden, weil für diesen vollkommenere Voraussicht angenommen wird und das Vertrauen unvorhersehbare Aspekte der Zukunft betreffe. Wohl aber sei es für den Transak-

tionskostenansatz wichtig.

Williamson unterscheidet drei Arten des Vertrauens. Da ist zunächst berechenbares Vertrauen, das eigentlich dem kalkulierbaren Risiko über das Verhalten einer Person entspricht, dann das persönliche Vertrauen und schließlich institutionelles Vertrauen. Letzteres resultiert aus dem Kontext von Gesellschaft oder Organisation. Williamson meint, dass sich auch in diesem Berechenbarkeit nicht immer ausschließen lasse. Der wissenschaftlichen Analyse sei nach Meinung des Autors das berechenbare Vertrauen, also das Risiko zugänglich. Damit treffe sich die NEI mit dem *Rational Choice*-Ansatz der Soziologie.

Versuche der Anwendung

Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit der konkreten Ausformulierung bzw. Anwendung der Institutionentheorie. W. Müller-Jentsch („Akteure, Interessen, Institutionen. Überlegungen zu einer Theorie der Arbeitsbeziehungen“) sowie B. Rehder („Betriebliche Bündnisse. Institutionenwandel im System der deutschen Arbeitsbeziehungen“) demonstrieren das an den Arbeitsbeziehungen.

St. Lessenich setzt sich an Hand des Kollektivvertragsrechts mit den Möglichkeiten des institutionellen Wandels auseinander („Institutionelle Einbettung, strategisches Handeln und die routinisierte Zerstörung von Institutionen“). Es geht um die Frage, wie weit Akteure institutionen- oder interessengeleitet handeln bzw. wie durch regelwidrige Aktivität institutioneller Wandel zu Stande kommt. Hierbei findet der Autor die Gegenüberstellung von Respektierung und Zerstörung der Institutionen zu eng und

weist darauf hin, dass institutioneller Wandel auch dadurch entstehen kann, dass ein „institutioneller Agent“ im Rahmen der *governance structure* diese mit deren Instrumenten verändern kann.

Ch. Deutschmann meint, Geld sei keine Institution, sondern eine Chiffre für „(d)ie in ihm angelegte Utopie individueller Verfügung über die Gesamtheit menschlicher Möglichkeiten ...“ („Geld, Kapital und Institutionen“). Dieser Meinung ist P. Spahn absolut nicht, er sieht „... das Geld als Institution par excellence...“, welches ökonomisches Handeln in einer Marktgesellschaft überhaupt erst ermögliche („Geld als Institution einer Marktwirtschaft. Genese und Funktionsbedingungen“).

P. Graeff untersucht unter dem Begriff der *good governance* die Effekte staatlicher Eingriffe auf Einkommensverteilung und die Schattenwirtschaft („Aktiver oder passiver Staat. Die Auswirkungen staatlicher Regulierungen auf das Ausmaß der Einkommensungleichheit und der Schattenwirtschaft“). M. Nollert beschäftigt sich mit der institutionellen Basis der Preisbildungsprozesse, insbesondere mit Wettbewerbsregelungen, Preiskontrollen und -absprachen („Preisbildungsregime und Einkommensverteilung. Ein internationaler Vergleich“).

Eine Fortsetzung der Neoklassik mit anderen Mitteln?

Das besprochene Sammelwerk vermittelt einen lebendigen und farbigen Einblick in die neoinstitutionalistische Diskussion. Viele Aufsätze tragen dazu bei, die vorgegebene Problematik zu erhellen. Dennoch bleibt ein gewisses Unbehagen. Es fragt sich,

ob die von den Herausgebern vorgenommene Gegenüberstellung der Positionen beider Disziplinen geglückt ist. Denn wenn man dazu die Neoklassik als Ausgangspunkt wählt, dann ist, auch wenn man die Kritik an dieser berücksichtigt, nicht viel zu gewinnen. Sinnvoll wäre wohl die Konfrontation von NEI insgesamt und soziologischen Ansätzen gewesen. Hier hätte man wohl interessante Übereinstimmungen herausarbeiten können, wie das in manchen Beiträgen auch geschehen ist, auf diese Weise wurde aber die Diskussion, so scheint es, auf ein Nebengeleise gelenkt.

Manche der Autoren meinen, dass die Neoklassik Basis der NEI sei; sie gehen dabei im Wesentlichen vom Transaktionskostenansatz Williamson aus. Das ist jedoch eine Fehlinterpretation der NEI. Diese nimmt in allen ihren Ausprägungen an, dass die Handlungen der Akteure primär durch die zeitlich und regional unterschiedliche Institutionenstruktur bestimmt werden.

Natürlich gibt es in diesem Rahmen auch ökonomisch rationales Handeln, aber auf verschiedenen Ebenen, wie das etwa Ipsen in seinem Beitrag dar-

legt. Auch Williamson¹ bezieht sich ausdrücklich auf eine von Davis und North formulierte Unterscheidung von *institutional environment* und *institutional arrangement*. Zwar unterstellt er einkommensmaximierendes Verhalten für die Wahl des institutionellen Arrangements, aber selbstverständlich mit sämtlichen notorischen Einschränkungen. Das hat alles mit Neoklassik nichts zu tun. Die letztlich zu diskutierende Frage läge nur darin, wie weit diese beschränkte Rationalität durch institutionelle Elemente weiter limitiert werde. Ipsen kommt zu dem Ergebnis, dass dies etwa über Netzwerke sehr wohl der Fall sein könne.

So steht am Ende dieser Diskussion einige Verwirrung, was offenbar auch darin seinen Niederschlag fand, dass niemand den Versuch unternahm, Schlussfolgerungen aus diesen Erörterungen zu ziehen.

Felix Butschek

Anmerkung

- ¹ Williamson, O. E., *The Economic Analysis of Institutions and Organisations – in General and with Respect to Country Studies* (OECD, Paris 1993) 13.